

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telefax: 8 86 346 ppbn d

## Inhalt

Gerd Walter MdEP zum An-  
sinnen der Türkei, Richard  
von Weizsäcker einen Orden  
zu verleihen: Keine Aus-  
zeichnung für unseren Bun-  
despräsidenten.

Seite 1

Björn Engholm MdL wirft  
der Kieler Landesregierung  
vor, keine Konsequenzen  
aus Tschernobyl gezogen zu  
haben: SPD wird Nutzung  
der Atomenergie beenden.

Seite 2

Dr. Manfred Dammeyer  
MdL zum Tod von Walter  
Mertineit: Dem großen Ziel  
der Aussöhnung verpflich-  
tet.

Seite 3

### Dokumentation

Die Sozialdemokratische  
Gemeinschaft für Kommu-  
nalpolitik in der Bundesre-  
publik Deutschland e.V. hat  
als Beitrag für die Grund-  
satzdiskussion in der SPD  
das Papier „Die Modernisie-  
rung des Staates ist geboten  
- die Kommunalpolitik  
macht den Anfang!“ erar-  
beitet. Wir veröffentlichen  
heute den zweiten und ab-  
schließenden Teil dieses Pa-  
piers.

Seite 4

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

42. Jahrgang / 78

24. April 1987

Kein Preis für unseren Bundespräsidenten

Die Türkei trägt von Weizsäcker den Kemal-Atatürk-Preis an

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Zunächst ist es nur eine Meldung aus der Türkei. Der Kultus-  
minister dort will den Kemal-Atatürk-Preis, der dieses Jahr  
das zweite Mal verliehen wird, dem deutschen Bundespräsi-  
denten Richard von Weizsäcker zukommen lassen. Für seine  
Verdienste um die Pflege der politischen Toleranz ... Das darf  
doch nicht wahr sein.

Es gibt jeden Tag Anlaß, darauf hinzuweisen, daß in einem mit  
uns in der NATO verbündeten Land noch immer die im Dach-  
verband DISK vereinigten Gewerkschaften verboten sind.

Es mag sein, daß seit 1985 kein Todesurteil mehr vollstreckt  
worden ist und Folter nicht mehr systematisch betrieben wird,  
aber nach seriösen Schätzungen sind immer noch rund 30.000  
Menschen aus politischen Gründen in Haft. Von einem Ende  
der Prozesse gegen Zivilisten vor Militärgerichten kann auch  
noch nicht die Rede sein.

Die freie politische Betätigung ist immer noch nicht wieder er-  
laubt, sondern wird für viele ein von Gefängnis bedrohtes Aben-  
teuer. Freie Wahlen haben auch noch nicht stattgefunden.

Gegenüber nationalen Minderheiten betreibt das gegenwärtige  
türkische Regime eine Politik der kulturellen Intoleranz. Be-  
sonders die Kurden und Griechen sind von dieser Verfolgung  
betroffen.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es mir unmöglich, daß  
der Bundespräsident den angebotenen Preis annimmt. Ich kann  
mir nicht vorstellen, daß das Ansinnen bisher in ausreichendem  
Maß geprüft worden ist. Dieser Preis für politische Toleranz,  
verliehen von einem Staat, der bisher nur von sich als Staat  
der kulturellen und religiösen Intoleranz Reden machte, das  
wäre eine Makel. Davor muß sich unser Bundespräsident be-  
wahren!

(-/24.4.1987/rs/ks)



**SPD wird Nutzung der Atomenergie in Schleswig-Holstein beenden**

Die Landesregierung hat aus Tschernobyl keine Konsequenzen gezogen

Von Björn Engholm MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Eine Reaktorkatastrophe würde Schleswig-Holstein heute genauso unvorbereitet treffen wie vor einem Jahr der Super-Gau von Tschernobyl. Der Unfall in der Sowjetunion hat Hunderte von Fragen aufgeworfen, auf die die Landesregierung nicht einmal versucht, eine Antwort zu geben. Stattdessen hat sie in den Monaten nach Tschernobyl bis zum heutigen Tage eine Politik des Beschwichtigens, des Verharmlosens und des Vertuschens betrieben.

Während allgemein in der Öffentlichkeit das Bewußtsein für die Gefahren der Atomtechnik zunahm, hat bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung und bei der CDU-Landtagsfraktion der Einstieg in den Ausstieg noch nicht einmal geistig begonnen.

Eine künftige SPD-geführte Landesregierung wird keine politischen und keine juristischen Konflikte scheuen und alles, was in ihrer Macht steht tun, um die gefährliche Nutzung der Atomenergie in Schleswig-Holstein zu beenden.

Ein Jahr nach Tschernobyl wird immer deutlicher, wie verantwortungslos es ist, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Die Atomtechnik ist nicht beherrschbar. Der Hinweis der Landesregierung auf den besseren technischen Standard der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein ist angesichts der TÜV-Studie sowie der Pannen in Brokdorf, dem angeblich sichersten Atomkraftwerk der Welt, reine Augenwischerei.

So gerechtfertigt Kritik an der Informationspolitik der Sowjetunion nach dem Reaktorunglück war, so sehr muß sich die Landesregierung vorwerfen lassen, daß sie ihre Pflicht der Aufklärung der Bevölkerung über die Strahlenbelastung sträflich mißachtet hat:

- Die Bevölkerung wurde in den Tagen nach dem Unglück ungenügend informiert.
- Anstatt angemessene Verhaltensempfehlungen abzugeben, hat die Landesregierung beschwichtigt. Sie hat damit die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung, insbesondere von Kleinkindern billigend in Kauf genommen.
- Sie hat die Messung von Nahrungsmitteln auf Strahlenbelastung, verglichen mit anderen Bundesländern, in ungenügendem Maße durchgeführt.
- Selbst bei so aufsehenerregenden Vorkommnissen wie der Radioaktivitätsbelastung des Stocksees mit 1,3 Millionen Bec setzte die Landesregierung auf Verharmlosung: es sei nur ein Einzelfall.
- Dasselbe war der Fall, als die SPD die Landesregierung darauf hinwies, daß hochverstrahlter Tee aus der Türkei (33.700 Bec) im Handel sei.
- Die Landesregierung hat bis heute keinen abschließenden Bericht über Folgerungen aus dem Reaktorunfall abgegeben.
- Der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein und das Zusammenwirken zwischen den Behörden im Katastrophenfall hat sich als gänzlich unzureichend erwiesen.

Am Jahrestag von Tschernobyl stellen wir Sozialdemokraten noch einmal fest: Die Zeit der Zögerlichkeiten und der Halbherzigkeiten ist vorbei. Wir müssen mit dem Umstieg in umweltfreundliche, sichere Technologien und risikoarme Energieversorgung beginnen. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig.

(-/24.4.1987/rs/ks)

\* \* \*



Dem großen Ziel der Aussöhnung verpflichtet

Zum Tode von Professor Walter Mertineit, dem deutschen Vorsitzenden der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Von Dr. Manfred Dammeyer MdL  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB)

Walter Mertineit war eine herausragende Persönlichkeit im Bildungsbereich. Er verband viel Lebensaspekte zu einem Gesamtbild.

Der promovierte Historiker war Direktor der Göttinger Volkshochschule und Anfang der 60er Jahre gleichzeitig Tutor für das Nachwuchsprogramm der Jugendbildungsreferenten des Deutschen Volkshochschulverbandes. In dieser Zeit hat er neben solch starker beruflicher Belastung eine komplette praktische Berufsausbildung als Kraftfahrzeug-Mechaniker absolviert. Indem er die allgemeinbildende Qualität praktischen Tuns ernst nahm, beschränkte er den Zweiten Bildungsweg in der anderen Richtung. Mittlerweile auf dem Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik in der pädagogischen Hochschule Flensburg berufen, legte er als Professor seine Facharbeiterprüfung ab.

Er war Präsident seiner Hochschule, Vorsitzender des schleswig-holsteinischen Landesverbandes der Volkshochschulen und gehörte der sozialdemokratischen Ministerriege für die Landtagswahlen an.

Seine ganz überragenden Verdienste liegen in seiner umsichtigen, verständigungsbereiten, sorgfältigen Arbeit als deutscher Delegationsleiter der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Walter Mertineit hat ganz wesentlichen Anteil daran, daß die Empfehlungen dieser Kommission zustandekamen. Seine verbindliche, und in inhaltlichen Fragen ausgesprochen festen Haltung hat er die Zusammenarbeit der Fachleute vorangebracht. Seine deutschen, wie seine polnischen Kollegen, haben sich dieser Fähigkeit Mertineits anvertraut. Mit seinem Sachverstand, aber auch mit Mut und Klugheit hat er die politisch motivierten Diskussionen geführt, die einsetzen, nachdem die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommissionen veröffentlicht wurden.

Und er hat sich nicht beirren lassen, die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission mit weiteren Konferenzen und Fachkolloquien fortzusetzen.

Walter Mertineit war freundlich im Umgang, Aufrecht im Streit um richtige Standpunkte und dabei dem großen Ziel verpflichtet, Aussöhnung zu ermöglichen.

Walter Mertineit starb am 19. April.

(-/24.4.1987/rs/ks)



**DOKUMENTATION****Bundes-SGK: Modernisierung des Staates im Kommunalbereich beginnen (Teil II und Schluß)**

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. hat als Beitrag für die Grundsatzdiskussion in der SPD das Papier „Die Modernisierung des Staates ist geboten - die Kommunalpolitik macht den Anfang!“ erarbeitet. Peter Klein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundes-SGK, faßt in dem nachfolgend dokumentierten Papier einen mehrjährigen Diskussionsprozeß zusammen, der in konkrete Vorschläge und Forderungen mündet.

**V. Sozialdemokratische Kommunalpolitik**

Die SPD (wie andere Parteien auch) ist für viele Bürger eine Partei, die Kommunalpolitik lediglich als Vehikel mißbraucht. Als ein Vehikel nämlich, um politische Macht in Bonn und in den Ländern zu verteidigen, auszubauen oder wieder zu erringen. Innerhalb der SPD wurde beispielsweise das Interesse der Parteiführung an der Kommunalpolitik erst dann wieder sichtbar, als man sich in Bonn auf den Oppositionsbänken wiederfand. Nach Landtags- und Kommunalwählerfolgen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland erlahmte dieses Interesse rasch wieder. Hier drängt sich dem Wähler der fatale Eindruck auf, daß die Forderung nach einer Erneuerung der Parteien von der kommunalen Ebene her mehr taktischem Kalkül als tiefer Einsicht in die Notwendigkeit entspringt. Kommunalpolitik wird damit zu einem Zwischenschritt auf dem Weg zur Gewinnung der Macht im Bund und in den Ländern degradiert.

Die Kommunalpolitiker sind die eigentlichen Leistungsträger der Parteiarbeit am Orte. Sowohl durch ihre finanziellen Beiträge, als auch durch die dauerhafte und stabile Pflege ihrer Stimmbezirke und Wahlkreise. Die Personalunion zwischen Kommunalpolitikern und Parteibasis sollte das eigentliche Rückgrat der Parteiarbeit sein.

Die Öko- und Beschäftigungskrise ist auch eine Krise des Staatssektors und der politischen Entscheidungsprozesse. Die Sozialdemokratie sieht sich hier in einem Dilemma, weil in ihrer politischen Strategie der Staat eine zentrale Rolle spielt. Denn es fehlt an entsprechenden staatlichen Instrumenten, an einem entsprechend konditionierten staatlichen Handeln, um diese Probleme bewältigen zu können.

Die SPD hat auf gesellschaftliche Veränderungen in den 70er Jahren nur unzureichend reagiert, wie sie sich unter anderem in veränderten Produktions- und Wertestrukturen ausdrücken. Die Verluste der SPD bei Kommunalwahlen in Großstädten lassen sich hierauf unter anderem zurückführen. Organisationsdefizite in einigen Großstädten tragen zu den Verlusten zusätzlich bei. Es bleibt anzumerken, daß auch sozialdemokratische Hochburgen, wie zum Beispiel das Ruhrgebiet, von den gesellschaftlichen Umbrüchen nicht verschont bleiben.

**VI. Modernisierung des Staates am Beispiel der Kommunalpolitik**

Angesichts des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wandels steigt die Bedeutung der kommunalen Ebene - trotz ihrer Stellung im Spannungsfeld von staatlicher sowie parteipolitischer Bevormundung und wirtschaftlichen Entscheidungen des privaten Sektors, sowie trotz materiell beschränktem Handlungspotentials.

Die kommunale Ebene wird - als Umsetzungs-, Bündelungs- und Integrationsinstanz - zu einer zunehmend wichtiger werdenden Größe im gesamtstaatlichen Gefüge.



Von diesem Bedeutungsgewinn kann die Kommune nur profitieren, wenn Dienstleistungsangebot und Infrastruktur den sich veränderten Ansprüchen entspricht.

Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht zur Fürsorge degenerieren. Städte und Gemeinden sollten sich als moderne Dienstleistungsunternehmen verstehen.

Dieses Verständnis setzt eine Veränderung der Arbeits- und Personalstruktur des öffentlichen Sektors, eine Neu- und Weiterqualifizierung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst voraus.

Bislang ist das öffentliche Dienstrecht bei dieser Veränderung Hemmschuh und verhindert eine notwendige Neuorganisation des öffentlichen Sektors, da es nicht an Leistungs-, sondern an Hierarchiekriterien orientiert ist.

Durch eine Umgestaltung des Politik- und Verwaltungsapparates muß eine übersichtliche Organisation, eine bürgernahe Lösung existierender Probleme erreicht werden. Viele Probleme können heute deshalb nicht ausreichend und effizient verarbeitet werden, weil zu ihrer Lösung eine Vielzahl von Ämtern beitragen müssen. Ein breiterer Verantwortungsbereich der einzelnen Ämter führt dagegen zu einem vereinfachten Entscheidungsablauf, viele Abwägungsentscheidungen könnten von den Amtsleitern in eigener Zuständigkeit getroffen werden und die Koordinierungsbelastung ginge auf die Chef- und Dezernentenebene zurück. Der Bürger findet dann einen Ansprechpartner für sein Anliegen innerhalb der Verwaltung. Es bleibt ihm ein bürokratischer Hindernis- und Spießrutenlauf erspart.

Die SPD muß die Diskussion über eine notwendige positive Selbstbestimmung des öffentlichen Sektors über eine Neudefinition der Anforderungen an die Arbeit im öffentlichen Dienst vorantreiben. Diese Diskussion muß ihre Motivation in der intelligenten, bürgernahen Dienstleistung für den Bürger finden, der schließlich mit seinen Steuern erst die Existenz der kommunalen Verwaltung ermöglicht. Angesichts der Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit und angesichts der von konservativer Seite vorangetriebenen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, müssen besondere Anforderungen an die qualitativen Standards öffentlicher Leistungen gestellt werden. Die SPD darf hier sachlichen Konflikten mit den Gewerkschaften nicht aus dem Wege gehen.

Eine „starke Verwaltung“ kann höhere Leistungen bei nicht vermehrbaren finanziellen Mitteln nur durch Rationalisierung erbringen. Gerade die Kommunalverwaltungen sind auf Rationalisierungsmaßnahmen angewiesen, weil der Bund und die Länder die eigentlich notwendige Zunahme der kommunalen Finanzen verhindern.

Um effizient zu arbeiten, müssen neue Technologien im öffentlichen Dienst genutzt werden. Ziel muß sein, die Anliegen der Bürger problemadäquat, wohnortnah und schnell zu lösen. Vor allem müssen die informationsverarbeitenden Dienste rationalisiert werden, um die dadurch frei werdenen Ressourcen auf den Bereich der persönlichen Dienste zu konzentrieren, insbesondere dann, wenn dadurch Umverteilungen zugunsten unterer Einkommenschichten erzielt werden.

Städte, Gemeinden und Kreise sind aufgefordert, alles zu tun, um mit öffentlichen Investitionen einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Die Phase der Konsolidierung kommunaler Haushalte durch weiteren Leistungsabbau ist vorbei. Es müssen alle Möglichkeiten zur Ausweitung des Investitionsspielraumes geschaffen und genutzt werden.

Die Neuordnung von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung muß Teil einer allgemeinen Modernisierung des Staates sein, Teil einer Innenmodernisierung der politischen Institutionen und des Verwaltungsapparates. Die Modernisierung des Staates läßt sich am wirksamsten auf der kommunalen Ebene vorantreiben, weil hier die Nähe zwischen Staat und Bürger am engsten ist.



Die Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben müssen künftig zuvörderst auf der kommunalen Ebene fallen. Denn bei der Neugestaltung der Kommunalpolitik geht es vor allem darum, für den Bürger in den Städten und Gemeinden eine Kontroll- und Entscheidungssituation zu schaffen, in der klare, überschaubare Politikbereiche zur Wahl stehen, in der die kommunale Kompetenz für den Bürger eindeutig erkennbar wird.

Die bisherigen zur Diskussion stehenden Reformvorschläge zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie (zum Beispiel von den kommunalen Spitzenverbänden und sozialdemokratischen Kommunalpolitikern) unterstützen diese Zielrichtung.

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung setzt daher die Stärkung der kommunalen Finanzautonomie voraus. Dies bedeutet: eine Umgestaltung und Erweiterung kommunaler Steuern, Zuweisungen von Bund und Land ohne Zweckbindung, ein reformierter Finanzausgleich. Die Förderung spezifischer örtlicher Gegebenheiten anstelle einer Pauschalierung und Angleichung an bundes- oder landesweite Normen, könnte zu einem weiteren Bedeutungsgewinn der Kommunen führen.

Bei Gesetzen und rechtlichen Vorschriften muß es zu einer Entflechtung von staatlichen und kommunalen Aufgaben kommen. Die Regelungsdichte im Bereich der Pflichtaufgaben muß reduziert und den Kommunen ein größerer Spielraum bei der eigenverantwortlichen Gestaltung gegeben werden. Gleichwohl bleibt es weiterhin notwendig, allgemeine Mindeststandards verpflichtend für die Kommunen vorzugeben, wie es auch weiterhin überregionale Versorgungsstandards für einzelne Infrastrukturbereiche gibt.

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Rahmenregelung kommunaler Teilbereiche durch Bund und Land bleibt daher auch in Zukunft bestehen. Ebenso die Notwendigkeit eines Systems von Finanzzuweisungen, um Unterschiede der örtlichen Finanzkraft aufgrund unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen auszugleichen. Hierbei müssen den Kommunen frühzeitig Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, ebenso wie die Möglichkeit eines Vetorechts. Denn die intensive und fachlich kompetente Vertretung kommunaler Interessen gegenüber den Ländern und dem Bund durch die kommunalen Spitzenverbände konnte die Aushöhlung der kommunalen Autonomie nicht verhindern. Es müssen daher verfassungsrechtliche und gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden - insbesondere auf der Länderebene - die eine zentralstaatliche Bevormundung kommunalpolitischer Entscheidungen verhindern.

Freiwillige Kooperation bei der Lösung interkommunaler, regionaler Probleme kann den Zwang nach überörtlichen Entscheidungsebenen abbauen, die „Schiedsrichterrolle“ des Landes und des Bundes bei Differenzen einschränken. Damit wird die kommunale Ebene gestärkt.

Die Funktion der Kommunalparlamente als Kontrollorgan der Verwaltung muß gestärkt werden. Die politische Richtliniensetzung muß in der Kommunalpolitik wieder eindeutiger von den Fraktionen und nicht von der Verwaltung ausgehen. Der Status des ehrenamtlichen Mandatsträgers muß verbessert werden. Die Mitwirkungsrechte der Bürger müssen durch den Ausbau plebiszitärer Elemente ausgeweitet werden. So sollen Bürgerentscheid und Bürgerbegehren in Kommunalgesetzen verstärkt Eingang finden.

Ein im Zuge einer Organisationsreform der kommunalen Verwaltung ausgeweiteter Verantwortungsbereich der einzelnen Ämter und die damit einhergehende Bündelung kommunalpolitischer Arbeit in wenigen Ausschüssen, kann die Arbeit des ehrenamtlichen Mandatsträgers verbessern. „Fachbruderschaften“, „Seilschaften“ zwischen Fachamt und Ausschuß werden dann abgebaut.

(-/24.4.1987/rs/ks)

\* \* \*

